

Politische Einstellungen kurdischer Bürgerinnen und Bürger in der BRD im Kontext der Afrîn-Krise



April 2018

www.civaka-azad.org

info@civaka-azad.org

030/56003528

0163/4834607

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	
2	Geschichtlicher und theoretischer Rahmen	
2.1	Struktur und Geschichte kurdischer Migration nach Deutschland	
2.2	Forschungsstand	
2.3	Kurdenpolitik in Deutschland als transnationale Politik	
3	Fragebogendesign	
3.1	Datenerhebung	
3.2	Methodenauswahl	
4	Analyse	
4.1	Deskriptive Analyse	
4.2	Regressionsanalyse	
5	Kritik	
6	Fazit	
7	Anhang	
	Tabellenverzeichnis	
	Abbildungsverzeichnis	
8	Literaturverzeichnis	

Zusammenfassung

1 Die vorliegende Arbeit will erste quantitative Einsichten in die kurdische Community innerhalb einer transnationalen politischen Sphäre bieten und im Kontext des Konflikts in Afrîn erste Muster ausfindig machen. **2** Politische Haltungen und soziodemographische Daten sollen mit den vorläufigen Ergebnissen der Migrantenwahlstudie von Goerres et al. (2018) abgeglichen, erste explorative Ergebnisse deskriptiv dargestellt und Hypothesen aus der dominanten Theorie der transnationalen Politik von Migrant*innen getestet werden. So soll hier eine sowohl theoretisch als auch tagespolitisch relevante Analyse vollzogen werden. **9**

1 Einleitung

„Wenn in der deutschen Politik über Kurden geredet wird, dann geht es um innere Sicherheit, dann geht es um Demonstrationen bei denen verbotene Symbole mitgetragen werden. Kurden in Deutschland werden entweder gar nicht besonders registriert und als türkischstämmig subsumiert – oder aber als Sicherheitsproblem gesehen.“

19 Dieses von Heribert Prantl im März geäußerte und zynisch andeutende Statement im Deutschlandfunk spricht womöglich vielen Kurd*innen aus dem Herzen - besonders in den ersten Monaten dieses Jahres.

Seit Ende Februar bombardiert die türkische Armee die nordwestsyrische Region Afrîn mit der gleichnamigen Provinzhauptstadt. Verschiedenen Schätzungen zufolge sind dabei mindestens 200 Zivilist*innen getötet und 30.000 zur Flucht gezwungen worden. Besonders brisant: Diejenigen, die den IS und andere islamistische

Gruppen bekämpften werden nun von der Türkei mithilfe islamistischer Söldner angegriffen (Wilgenburg van, 2018).

Im Zuge dieser Geschehnisse sind viele tausende Kurden in Großdemonstrationen, kleineren Kundgebungen und örtlichen Protestaktionen zusammengekommen um auf diese Situation aufmerksam zu machen. Parallel dazu nimmt der juristische Druck auf kurdische Aktivistinnen und Aktivisten zu. Das Verbot der Flagge der sogenannten Volksverteidigungseinheiten YPG sorgt hierbei für großes Aufsehen, da hier sogar Anzeigen drohen, wenn man die Flagge im Internet hochlädt (Schmidt, 2018). Bundesweit ist dieses Verbot zudem nicht geregelt. Weniger Aufmerksamkeit erlangten Anfang März die Razzien im Verlagshaus des kurdischen Mesopotamien Verlags, bei denen Bücher beschlagnahmt wurden.¹ Am Rande verschiedenster Demonstrationen kommt es zu Festnahmen, oft zu Anzeigen wegen verbotener Parolen oder Symbole.

Während Proteste gegen den Krieg und juristische Belange die Nachrichten dominieren, ist jedoch nicht genau erhoben was die Einstellungen dieser Kurd*innen ausmacht. Sind wirklich alle politisch aktiv? Welche Einstellungen hat diese Community? Gibt es gruppenspezifische Unterschiede innerhalb der kurdischen Gemeinschaft? Was ist ihre Sicht als deutsche Bürger*innen? Fühlen sich alle juristisch verfolgt? Wie wichtig ist „Heimat“ für Kurd*innen in Deutschland?

¹<https://anfdeutsch.com/kurdistan/razzia-im-mezopotamien-verlag-wird-morgen-fortgesetzt-2954>

2 Geschichtlicher und theoretischer Rahmen

2.1 Struktur und Geschichte kurdischer Migration nach Deutschland

Mit schätzungsweise 300.000 bis 500.000 Exilanten, befindet sich die größte kurdische Diaspora Europas in Deutschland. Die Datenlage zu dieser Gemeinschaft kommt dieser hohen Präsenz jedoch nicht nach. Bis heute ist die Zahl der Kurdinnen und Kurden unbekannt und ihre Einstellungen und soziodemographischen und -ökonomischen Merkmale sind weitgehend verschiedenen Schätzungen und Spekulationen überlassen (siehe Tabelle 2).

Eine häufige Kritik ist hierbei die Orientierung dieser Zahlen an der Zahl der damaligen Arbeitsmigranten (Ghaderi, 2014, 135). Vielmehr aber unterscheiden sich kurdische Diasporagruppen nach verschiedenen Herkunftsländern und Migrationsgründen.

Ammann (2000) stellt fest, dass zwar der Großteil der Kurd*innen aus der Türkei kommt, 70.000 jedoch aus dem Irak und 5.000 bis 6.000 aus dem Iran sowie vereinzelt aus dem Libanon und verschiedenen einzelnen Sowjetrepubliken kamen. Auch unter den Migrant*innen in Deutschland stellen Kurd*innen einen beachtlichen Anteil, wie Tabelle 1 nach Skubsch (2000) zeigt.

Was die aktuellen Zahlen angeht sind zwei Quellen zu erwähnen. Das BAMF stellte 2016 beispielsweise fest, dass 29% der in diesem Jahr eingereisten syrischen Flüchtenden

Tabelle 1: Migrantenminderheiten in der BRD nach Skubsch 2000 (110)

Herkunft/ Ethnie	Türkei	Kurd*innen	ehem.Jugosl.	Italien	Griechenland	Polen
Prozent	36	13	21	14	9	7

Kurd*innen waren. Die gestiegene Zahl dieser kurdischen Subgruppe wäre also heute nach oben zu korrigieren. Zudem halten Goerres et al. (2018) in der aktuellen Migrantenwahlstudie fest, dass etwa 11% der von ihnen interviewten Deutschtürk*innen Kurd*innen waren, wobei es jedoch Überschneidungen mit den Alevit*innen gab.

Auf die Gesamtzahl der Deutschtürk*innen angewandt, würde das eine Anzahl von ca. 164.183 Kurd*innen bedeuten. Auf Anfrage teilte Herr Goerres jedoch mit, dass diese 11% in ihrem Sample lediglich 55 Befragte waren und es somit schwierig ist damit, auf die Population zu schließen.

Tabelle 2: Schätzungen über Anzahl der Kurd*innen in Deutschland

Zahl	Quelle
300.000-500.000	Blaschke, Ammann (1988)
341.400-465.600	Vanly (1988)
580.000	Meyer-Ingwersen (1995)
400.000	Bruinessen (1998)
600.000	Ammann (2000)
500.000	Bundesregierung (2000)

Vollkommen jenseits der Zahlen ist die Frage, was die kurdische Identität in der deutschen Diaspora ausmacht eine sehr komplexe, die beantwortet werden will bevor der Versuch der Quantifizierung erfolgt. Blaschke, Ammann

(1988) baut den Nationenbegriff für Kurd*innen sprachlich, historisch und politisch auf. Diesem Konzept folgend soll nun mit besonderem Fokus auf die genannte kurdische Diaspora Deutschlands ein Blick auf die Geschichte und die Politisierung sowie gewissermaßen die „Selbstentdeckung“ der Kurd*innen geworfen werden, um so zu zeigen wie Identitäten und Konflikte Teil einer in Deutschland vollzogenen Sozialisierung sind.

Um den historischen und politischen Kontext kurdischer Diaspora in Deutschland wiederzugeben, werden im Folgenden die drei großen Wellen kurdischer Migration nach Deutschland dargestellt.

Die erste große Welle kurdischer Flucht nach Europa ereignete sich im frühen 20. Jahrhundert und betraf vor allem die *kurdische „Intelligentia“* die sich nach dem Ende des 1. Weltkriegs vor politischer Verfolgung zu schützen versuchte (vgl. Blaschke, Ammann, 1988; Vanly, 1988; McDowall, 2004, 92f, 57-66, 456). In Großbritannien und Frankreich wurden in dieser Zeit die ersten Versuche der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Wiederbelebung kurdischer Geschichte und Sprache vom Ausland aus unternommen (Ayata, 2008, 19).

Wesentlich größer und bis heute am maßgeblichsten ist jedoch die *Zuwanderung von Kurd*innen im Zuge der Anwerbung von Gastarbeitern* in den 50er und 60er Jahren des 20.

Jahrhunderts (Falk, 1998, 144). Die unter den mehrheitlich türkischen Gastarbeitern eher unbemerkte Minderheit hatte oft schon eine Geschichte der Binnenmigration hinter sich. Bevor die meisten überhaupt nach Deutschland migrierten, flohen sie bereits im Herkunftsland aus den wirtschaftlich abgehängten Kurdenregionen im Südosten der Türkei in den Westen des Landes (vgl. Beşikçi, 1991; Blaschke, Ammann, 1988; Falk, 1998). In der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Migrationsgeschichte wird daher oft ein betont, dass politische und ökonomische Fluchtursachen gerade bei Kurd*innen aus der Türkei schwer zu trennen sind (Skubsch, 2000, 205). So sei aus politischen Gründen die sozio-ökonomische Benachteiligung entstanden, die viele Kurd*innen zur Arbeitsmigration brachte (vgl. Bozarslan, 1996; Skubsch, 2000, 103,102). Im Kontext der ökonomisch motivierten Migration fand jedoch ein Rückgang der Politisierung der kurdischen Diaspora im Vergleich zur ersten Welle statt. Viele Kurd*innen waren sich ihrer Identität im Zuge der türkischen Assimilationspolitik unbewusst, oder sie erfuhren bereits politische Verfolgung und wollten diese im Ausland nicht riskieren.

Die dritte Migrationswelle bestand ab 1980 mehrheitlich aus Kurd*innen, die als *Kriegsflüchtende* nach Deutschland kamen (Kesen, 2009; McDowall, 2004, 222,157). Sowohl der Irak-Iran Krieg als auch die Folgen des Militärputsches in der Türkei forderten hohe Opferzahlen und machten kurdische Migration nach Deutschland zu einer in erster Linie politischen Flucht. Insgesamt haben von 1987 bis 2000 ca. 300.000 Kurd*innen Asyl beantragt (Ayata, 2008, 20). Je stärker die politische Migration wurde, de-

sto stärker wurde dieses Thema in den Vordergrund des Diskurses der Deutschkurd*innen gerückt.

2.2 Forschungsstand

Mit Blick auf diese drei Migrationswellen ist festzustellen, dass nicht nur die Politisierung der Kurd*innen über diese drei Wellen hinweg zunahm. Auch der Blick der Forschung auf diese Migrant*innengruppe hat sich erweitert.

Die zwei Hauptbereiche dieses Feldes sind einerseits die Aufarbeitung der politischen Strukturen von Kurd*innen in der BRD, andererseits die soziologische Betrachtung spezifisch kurdischer Diskriminierung und Verleugnung im Aufnahmeland.

Zunächst sollen die wichtigsten Erkenntnisse im Bereich des Charakters kurdischer Politisierung betrachtet werden. Eine häufige Beobachtung, die mit dem besagten Anstieg der Politisierung im Laufe der Migrationswellen einhergeht, ist die des Generationenunterschieds in Fragen der kurdischen Identität von Migrant*innen (Falk, 1998, 157). So sei das Interesse an der eigenen Identität, die anfangs verleugnet wurde immer stärker gewachsen (Hanrath, 2011, 17). Diese Identitätsfrage entwickelte sich im Laufe der Jahre zum Hauptmotor kurdischer Partizipation in Deutschland, wobei auch der Bildungsaufstieg der Kinder von Gastarbeiter*innen aus dem eher agrarischen Milieu eine Rolle spielte (vgl. Geiling et al., 2011, 72).

Die Politisierung dieser älteren Generationen fand vor allem über die Mobilisierung durch Gewerkschaften statt, wo Kurd*innen beispielsweise im Zuge von 1. Mai Veranstaltungen auf

ihre Situation aufmerksam machten (Nielsen Østergaard, 2003b, 195). Diese verlief aber nur zaghaft, da vor allem die SPD versuchte türkischstämmige Migrant*innen im Zuge des Widerstands gegen die „Ausländerpolitik“ der CDU der 80er zu mobilisieren und fürchtete deren Gunst mit einer pro-kurdischen Haltung zu verlieren (Faist, 1994, 55f).

In diesem politisch-institutionellen Vakuum bildete sich die politische Interessensbildung vor allem aus drei Faktoren: regionale Herkunft, Interessen in der BRD sowie verändernde soziale und politische Konstellationen, die im Verlauf dieser Arbeit mit dem Begriff der Opportunitätsstrukturen beschrieben werden. Ein Teil der Partizipation, die aus dieser Interessensbildung resultiert ist die sogenannte „parallel diplomacy“, die sich laut Bozarslan (1996) in den Kurdengebieten aber auch im Exil bildete und sich vor allem in Deutschland durch Solidaritätsarbeit für die kurdische Frage auszeichnete. So zeichne sich diese dadurch aus, dass sich parallel zu staatlichen Organen der Diplomatie eigene nichtstaatliche Strukturen entwickeln, die politische Außenarbeiten durchführen.

Im Rahmen dieser „parallel diplomacy“ eröffneten sich auch Möglichkeiten für sogenannte „sub-minorities“ wie Êzîden und Aleviten, die unter den Kurden eine Unterkategorie religiöser Minderheiten darstellen und ihre Identitäts- und Interessenbildung in Deutschland ausdifferenzieren konnten.

So lässt sich feststellen, dass Migration, Identitätsbildung und Politisierung sich in verschiedenen Phasen entwickelten und vor allem das Feld der kurdischen Identität eines ist, welches maßgeblich in Deutschland konstruiert wurde.

Die Erfahrung des Kurdisch-Seins ist somit keine exklusiv importierte Erfahrung sondern vielmehr ein innerhalb bundesdeutscher Opportunitätsstrukturen erschaffenes soziales Konstrukt, das auch in dieser Einbettung analysiert werden muss.

Schaut man sich etwa den zweiten Forschungsbereich der spezifischen Diskriminierungs- und Verleugnungserfahrungen von Kurd*innen in Deutschland an, so wird klar, dass diese Erfahrung nicht bloß auf die Marginalisierung im Heimatland rückzuführen ist.

Die erste offensichtliche Diskriminierung ist die Tatsache, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Kurd*innen nicht einmal erhoben ist, was von kurdischer Seite wiederholt moniert wird (Garmiyani, 2015). So mag man argumentieren, dass die Nationalität auf das Herkunftsland bezogen wird und das bei einem Volk ohne Staat wie dem kurdischen nicht möglich sei. An der distinkten Ethnizität, Migrationsgeschichte und politischen Geschichte ändert das jedoch nichts, was bedeutet, dass der etatistische Fokus der bisherigen Erhebung mit einem Informationsverlust über eine der größten ethnischen Minderheiten Deutschlands einhergeht.

Über diese statistische Nicht-Anerkennung hinaus, stellten verschiedene Forschungsarbeiten auch eine Nicht-Anerkennung von Kurd*innen als politische Akteure in Deutschland fest. Gemäß des Todschlagnarguments der „importierten Konflikte“ bearbeiteten ältere Forschungsarbeiten vor allem die spekulative Untermauerung dieses fragwürdigen Zusammenhangs, während neuere Arbeiten feststellen, dass es keine Hinweise dafür gibt,

dass eine tagespolitische Herkunftslandsorientierung in Fragen der politischen Partizipation integrationsschädlich ist (vgl. Banducci et al., 2004; Hunger, Candan, 2009).

So sei gerade auch in der Politik der Fokus viel zu stark auf dieser Frage des Konfliktimports gewesen, anstatt auf der Frage, wie diese komplexen Konfliktsituationen zu verstehen und zu entschärfen sind. So stellt Baser (2017, 675) fest:

„[The] Kurdish conflict did not just randomly spill over to Germany, but there is a reason why the Kurdish diaspora has chosen strategies from a grand repertoire of actions “(Baser, 2017, 675)

Es bestünde keinerlei Anerkennung der politischen Situation der Kurd*innen auf offizieller Ebene (Hermes, 1991, 115). So hatten gerade die kurdischen Flüchtenden der dritten Welle mit unsicheren Aufenthaltssituationen zu kämpfen, die der Tatsache geschuldet waren, dass Deutschland kaum politisches Asyl für Kurd*innen aus der Türkei gewährte. In dieser Zeit schoben besonders von der CDU regierte Länder weiter in die Türkei ab, während die Kriegssituation dort in den 90er Jahren eskalierte (Meyer-Ingwersen, 1995; Hermes, 1991, 325,110).

Zudem hatten diese Flüchtenden der dritten Welle bzw. ihre Kinder erhebliche Nachteile gegenüber den vorher eingereisten Gastarbeitern, da sie der Residenzpflicht unterstanden und es zu dieser Zeit keine Schulpflicht für die Kinder von Flüchtenden gab. Auch die Unterstützung muttersprachlichen Unterrichts für kurdische Kinder erfolgte kaum, da der Protest der

türkischen Gruppen befürchtet wurde (Hermes, 1991, 115).

Eine Degradierung von Kurd*innen durch Deutsche *und* Türk*innen sei geschehen, indem beispielsweise kurdische Vereine bis heute nicht unterstützt werden, während eine unverhältnismäßige Unterstützung türkischer Vereine im Vergleich zu anderen Gruppen genehmigt würde (Blaschke, Ammann, 1988, 97).

Die türkische Diskriminierung von Kurd*innen reichte weit in Verwaltung und Privatleben hinein. So war es für kurdische Familien mit türkischen Papieren fast unmöglich den eigenen Kindern kurdische Namen zu geben, ohne Schikanen befürchten zu müssen (Hermes, 1991, 112). Türkische Behörden und sogar Geheimdienste operieren weiter aktiv in Deutschland gegen politisch aktive Kurd*innen (McDowall, 2004; DW, 2017).

Auch im Privatleben und besonders in deutschen Schulen wird durch die türkische Mehrheitsgesellschaft innerhalb der migrantischen Community ein feindliches Bild von Kurd*innen, Alevit*innen und Êzîd*innen gezeichnet, was besonders auf die Sozialisation kurdischer Kinder einen großen Einfluss hat (Blaschke, Ammann, 1988; Hermes, 1991, 94,112f).

Wenn dann noch die Tatsache, dass es in Deutschland bis heute keine wirkliche Einwanderungskultur gibt mit in die Analyse genommen wird, so kommt man wie Koopmans, Statham (2003) auf den Schluss, dass eine politische Identifikation mit dem Aufnahmeland nur schwer möglich ist:

„Kurds, Turks, or ex-Yugoslavs may be more than averagely inclined to ma-

ke homeland-oriented claims, but they are especially likely to do so in a political context that reinforces such homeland identifications by putting up high material and symbolic barriers to migrants' entry into the host society's political community. "(Koopmans, Statham, 2003, 35)

Hier spielt auch das Verbot kurdischer Organisationen mit ein, das dazu führt, dass viele Kurd*innen sich stigmatisiert fühlen (Falk, 1998; Baser, 2017). Da die Diskussion über die Kurdenfrage nicht um die oberflächliche Debatte um den sogenannten „Ausländerextremismus“ hinausging, entwickelte sich eine zunehmende Verzweiflung, dass neben der Kriminalisierung keine Aufarbeitung der eigenen Konfliktstruktur geschieht (vgl. Baser, 2017; Baser, Swain, 2010).

Diese deutsche Nicht-Anerkennung findet bis heute statt. So kritisierte Guido Steinberg erst im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt im Irak die mangelnde Positionierung der Bundesregierung (Steinberg, 2011). Im Zusammenhang mit der kriegesischen Eskalation in Afrîn ist diese Praxis weiterhin zu beobachten. Im Kontext all dessen zeigte der Fall der Ditib Moscheen, die in ihren Predigten für den Krieg in Afrîn warben, wie dramatisch das Konfliktpotential ist (Tornau, 2018).

Politische Einstellungen von Kurdinnen und Kurden in Deutschland sind in diesem Kontext zu verstehen. Die Marginalisierung im Heimatland und im Aufnahmeland macht eine politische Partizipation außerhalb der Kurdenfrage fast unmöglich, da diese als primäre Aufgabe verstanden wird. Die bisherigen Erkenntnis-

se zeigen, dass eine Eingliederung der Deutschkurd*innen nicht erfolgen konnte.

Weder als Migrantengruppe noch als politisch verfolgte Ethnie des Mittleren Ostens ist eine Anerkennung durch die BRD erfolgt. Eine Bevorzugung und Subventionierung der migrantischen Mehrheitsgesellschaft der Deutschtürken nach innen und eine Toleranz gegenüber der türkischen Politik im Herkunftsland vermittelt somit ein enormes Ohnmachtsgefühl, das kurdischen Aktivismus prägt.

So stellt beispielsweise Wahlbeck (1999) bei seinen zahlreichen Interviews fest, dass selbst diejenigen Kurd*innen, die nicht unbedingt politisch interessiert waren angaben um politische Themen nicht „herumkommen“ zu können (Wahlbeck, 1999, 156f).

2.3 Kurdenpolitik in Deutschland als transnationale Politik

Das Theoriefeld der *transnationalen Politik* beschäftigt sich mit der Frage *wie* und *warum* sich Migrant*innen in Fragen ihres Herkunftslandes engagieren.

Die Bestimmung von Herkunft oder Heimat ist hierbei ein ambivalenter Prozess, da die Heimat zwar als etwas gesehen werden kann, was den sozialen und kulturellen Rahmen der eigenen Existenz darstellt, auf der anderen Seite aber auch Ursprung der Probleme sein kann, die einen erst zur Migration brachten (Adamson, 2003, 155).

Den Bezug dieses Theorierahmens zur kurdischen Diaspora stelle Bozarslan (1996) her, indem er zeigte, dass gerade die Kurdenfrage

das Paradox der Verknüpfung von nationaler und transnationaler Politik verkörpert. Von Anfang an müsse die kurdische politische Szene zwischen nationalen Legitimationsketten und transnationalen *kurdischen* Konzepten der politischen Legitimation agieren. Sowohl die nationale Politik als Minderheit als auch die transnationale Politik als verleugnete Volksgruppe läuft so parallel zueinander ab (Bozarslan, 1996, 107).

Nach Nielsen Østergaard (2003a, 762f) und Smith (2003) lässt sich transnationale Politik in drei Untergruppen aufteilen. *Immigrant politics* seien demnach politische Aktivitäten, die die Besserung der Situation als Migrant*innen im Aufnahmeland unabhängig vom Herkunftsland zum Ziel haben.

Homeland politics ist die Form des Aktivismus, die sowohl die Opposition gegen als auch die Unterstützung für die Politik des Heimatlandes umfasst. Hierbei gibt es zwei Positionen, die das Heimatland einnehmen kann. Einerseits, kann dieses die Heimkehr der Gruppe forcieren, oder eine Strategie verfolgen, bei der nicht für die Rückkehr aber für das Aufrechterhalten enger politischer Bande geworben wird (vgl. Smith, 2003).

Diaspora politics sind die konkretere Form der eben genannten Opposition bei Gruppen, die explizit keine Partizipationsmöglichkeit im Heimatland haben und so versuchen aus dem Aufnahmeland heraus politischen Einfluss auf das Heimatland auszuüben.

Nielsen Østergaard (2003a) sieht im Falle der kurdischen transnationalen Politik eine Überschneidung dieser drei Bereiche, da Kurd*innen einerseits die eigene Situation im Aufnahmeland zum thematisieren, andererseits aber auch

mehr oder weniger starke Oppositions- bzw. Unterstützungspolitiken im Bezug zur Heimat betreiben, gerade weil diese Politiken von den Unterschiedlichen Umständen der vier „Heimatländer“ abhängen.

Die Frage nach dem *wie* kann ebenfalls nach einem dreigeteilten Muster beantwortet werden.

So können nach Adamson (2003, 156) Migrant*innen transnationale Politikräume zur Mobilisierung von Diskursen und Narrativen nutzen, Netzwerke mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteure aufbauen und so Druck auf das Heimatland auszuüben oder direkt Ressourcen in das Heimatland senden, um die dortigen Machtverhältnisse zu ändern.

Die Frage nach dem *warum* sollen die in dieser Analyse vorgelegten quantitativen Ergebnisse beantworten. Verschiedene Hypothesen sollen anhand deskriptiven Statistiken aber auch anhand einer Regression getestet werden.

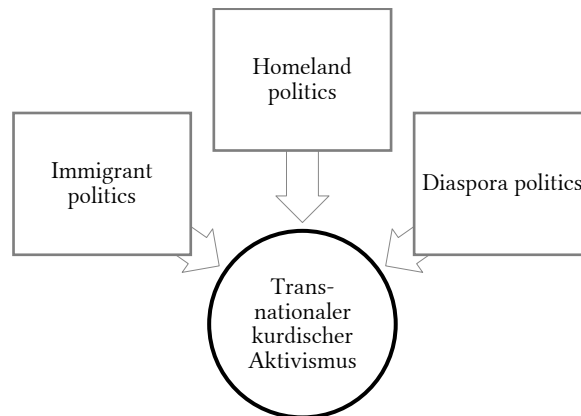
Testen wir allgemein, ob diese kurdische Diaspora in Deutschland in einem solchen transnationalen sozialen Raum ist, bzw. ob sie ein „Euro-Kurdistan“ sind, wie Ayata (2008) festhält, so ergeben sich folgende ersten Hypothesen:

Hypothese 1. *Kurdi*innen mit einem stärkeren Bezug zu ihrer Heimat sind politisch aktiver als solche mit einem schwächeren Bezug.*

Hypothese 2. *Kurd*innen, die sich eher anhand nicht-deutscher Quellen informieren, sind politisch aktiver als solche, die sich eher anhand deutscher Quellen informieren.*

Desweiteren soll getestet werden, ob die Parteiwahl von Kurd*innen sich von der Parteiwahl von Deutsch-Türken unterscheidet.

Abbildung 1: Schematische Darstellung der drei transnationalen migrantischen Politikformen



An dieser Stelle sei jedoch betont, dass die deskriptive Analyse der anderen Variablen des Samples mindestens die selbe Relevanz zukommt als der Regression, da gerade aus dem quantitativen Forschungsmangel heraus eine explorative Offenheit gefordert ist. Die Haltungen der Befragten zum Konflikt in Afrîn und zu ihrem Empfinden als deutsch-kurdische Bürger*innen ist hier zentral.

3 Fragebogendesign

Die Erhebung erfolgte durch einen Online-Fragebogen, in dem verschiedene soziodemographische Merkmale und politische Haltungen abgefragt wurden. Im Groben lässt sich der Fragebogen in folgende Themengebiete zusammenfassen:

3.1 Datenerhebung

Das Sample wurde mithilfe des größten deutschen Dachverbands der Kurd*innen NAV-DEM E.V. bzw. mit seiner Außenarbeitsorganisation

CIVAKA AZAD E.V. erhoben und über verschiedene Kanäle verbreitet.

Hierbei wurde gerade NAV-DEM gewählt, da dieser Dachverband besonders viele Kurd*innen anspricht und derzeit die zahlenmäßig am stärksten besuchten Proteste im Zusammenhang mit der militärischen Auseinandersetzung in Afrîn organisiert. Allein die letzten Demonstrationen zeigen folgende Teilnehmerzahlen:

1. Bundesweite Demonstration in Köln; 14.000 Teilnehmer*innen ²
2. Bundesweite Demonstration in Berlin, 1000 Teilnehmer*innen ³
3. Newroz Feier in Hannover, 20.000 Teilnehmer*innen ⁴

²<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-kurden-demo-gegen-tuerkische-syrien-offensive-gestoppt-a-1190134.html>

³<https://de.sputniknews.com/politik/20180303319793743-deutsche-panzer-kurdistan/>

⁴<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Newroz-Fest-in-Hannover-Demo-am-Opernplatz>

Abbildung 2: Themenfelder Fragebogen



Über das Bundesgebiet ist NAV-DEM jedoch auch stark präsent, wie die folgende Karte zeigt:

Durch das Verbreiten des Surveys auf der Newroz-Seite wurden auch viele eher unpolitische Befragte erreicht, da es sich bei der Veranstaltung klassischerweise um eine Kulturveranstaltung handelt, an der auch weniger aktivistisch geprägte Kurd*innen teilnehmen. Selbstverständlich gibt es auch andere kurdische Dachverbände, wie z.B. die Kurdische Gemeinde Deutschland e.V. oder KOMKAR. Aus zeitlichen Gründen konnte aber die Anwerbung all dieser Vereine nicht vollzogen werden.

Das Onlinesurvey erreichte hierbei etwas mehr als 600 Befragte aus verschiedenen Teilen Deutschlands, von denen diejenigen, die angaben nicht-Kurden zu sein herausgefiltert wurden. Die verschiedenen Netzwerke wurden über E-Mail und WhatsApp Verteiler sowie Facebook Seiten und Facebook Veranstaltungen geteilt. Insgesamt beläuft sich die Zahl der erreichten Personen auf mindestens 3000. Etwas mehr als 600 Befragte nahmen an der Umfrage teil. Die Erhebungsphase lief vom 28.02.2018 bis 07.03.2018.

3.2 Methodenauswahl

Da es sich bei der vorliegenden Arbeit vor allem um eine explorative Arbeit handelt, steht die Wiedergabe der erfassten Rohdaten im Mittelpunkt, vor allem der Haltungen der Befragten zum Handeln der Bundesregierung während des Krieges in Afrîn. Zudem sollen die erhobenen Daten mit den Ergebnissen der Migrantwahlstudie nach Goerres et al. (2018) verglichen werden, um so erste Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der Population ziehen zu können.

Die Regression dient dazu erste mögliche Signifikanzen für nachfolgende Arbeiten ausfindig zu machen. Um den Zusammenhang zwischen der abhängigen Variable *Aktivismus* und den Erklärungsvariablen *Anzahl Verwandter in Heimatland*, *Bindung zu Heimatland* und *deutsche/nich-deutsche Nachrichtenquellen* zu testen wird eine OLS-Regression durchgeführt.

Diesem Modell liegt die Linearitätsannahme zugrunde, wonach die Y-Werte einer Verteilung linear ansteigen, je mehr die X-Variable ansteigt (vgl. Urban, Mayerl, 2011, 37).

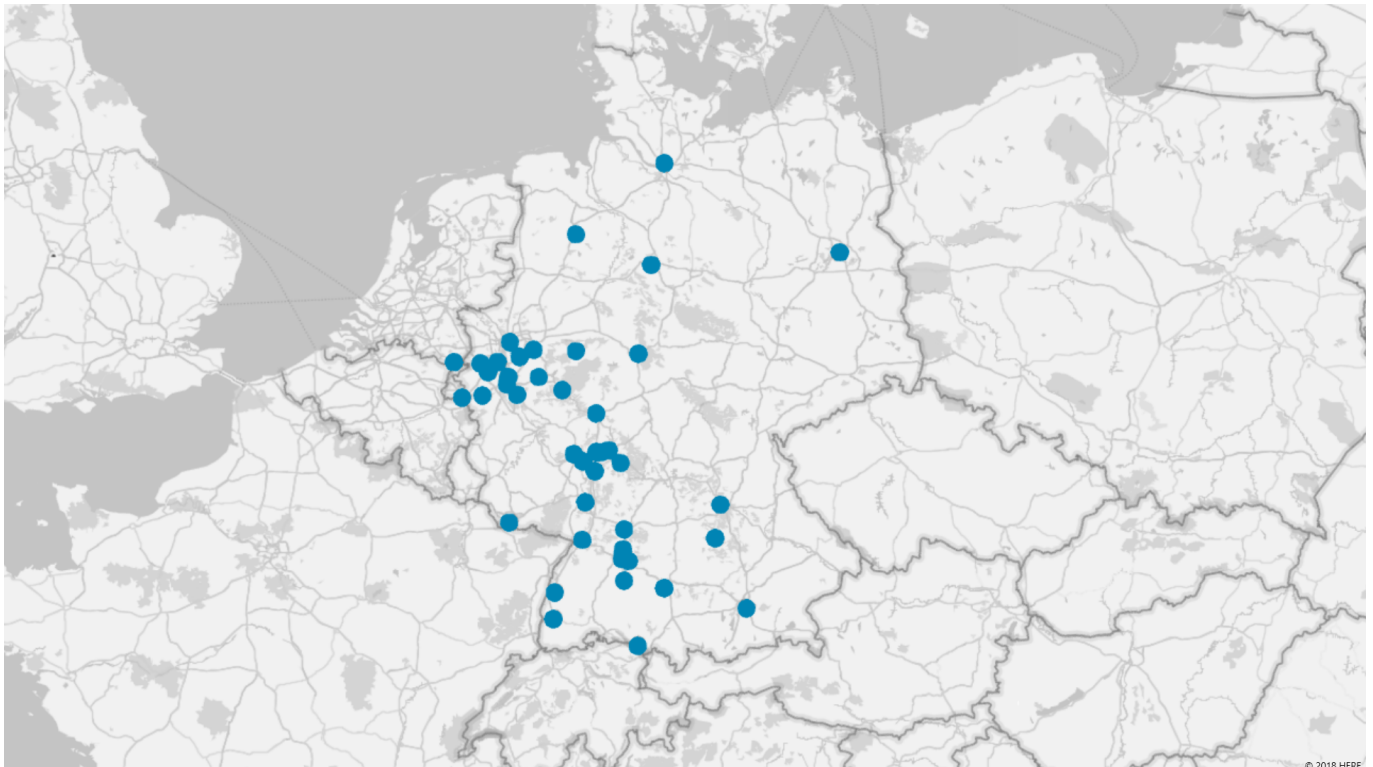


Abbildung 3: Bundesweite Verteilung der NAV-DEM Vereine

Die sich daraus ergebende Gleichung kann für das multivariate Modell folgendermaßen dargestellt werden:

$$y = \beta_0 + \beta_1 X + \beta_2 X + \dots + \varepsilon$$

Y_i ist hierbei die abhängige Variable, α ist der Y-Achsenabschnitt und β_i sind die Prädiktoren, also die unabhängigen Variablen.

Wenn man sich also vorstellt, dass alle Ausprägungen der verwendeten Variablen in einem dreidimensionalen Raum streuen, so stellt die obige Funktion eine Fläche dar, die den geringsten Abstand zu diesen Streuungspunkten hat. Da dies nicht perfekt ausfällt, stellt ε den Fehler dar. Die sogenannte *Kleinst-Quadrat-Schätzmethode* soll diesen Fehler minimieren indem diese Abstände also die Differenzen zwischen den Ausprägungen und der Regressions-

fläche berechnet werden (vgl. Urban, Mayerl, 2011, 87).

Hierdurch sollen Vorhersagen über Y , in diesem Fall den *Aktivismus* gemacht werden, indem man die Prädiktoren β_i in die Gleichung einfügt und das Ergebnis interpretiert.

Gültige Ergebnisse bietet dieses Modell jedoch nur, wenn die Schätzwerte den BLUE-Bedingungen bzw. dem *Gauss-Markov-Theorem* entsprechen. Demnach müssen die Werte „unverzerrt“, „effizient“ und „konsistent“ sein (vgl. Urban, Mayerl, 2011, 120f).

Die Prüfung dieser Annahmen geschieht in der Regressionsdiagnostik, die im Anhang dieser Arbeit zu finden ist. Alle Analysen wurden im Statistikprogramm R durchgeführt.

4 Analyse

4.1 Deskriptive Analyse

Die deskriptive Analyse zeigt, dass Männer überrepräsentiert sind. Zudem geben 80,7% der Befragten an die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben (Siehe Abbildung 4).

Momentane Tätigkeit sowie Geburtsland wurden ebenfalls abgefragt, wobei auffällt, dass besonders viele in Deutschland und in der Türkei geborene Kurd*innen an der Befragung teilgenommen haben (Siehe Abbildung 5). Wie erwartet, sind viele Schüler*innen und Student*innen in Deutschland geboren, was den Altersdurchschnitt des Samples wahrscheinlich unter das der Population setzt.

Ein erster Vergleich soll nun zwischen den Parteipräferenzen der Befragten dieses Samples und derer türkischen und kurdischen Migrant*innen der Migrantwahlstudie gezogen werden, wobei hier nach der abgegebenen Zweitstimme gezählt wird.

Tabelle 3 zeigt, dass die meisten Migranten aus der Türkei tendenziell eher links der Mitte wählen, wobei die CDU/CSU bei den Türk*innen der ersten Generation sowie bei den Kurd*innen des Samples der Migrantwahlstudie besonders hoch abschneidet. Die zweite Generation favorisiert dabei deutlich stärker SPD und die Grünen, weniger aber die Linken.

Zwischen Deutschtürk*innen und Kurd*innen der Migrantwahlstudie sowie unserer Studie fällt auf, dass die Linke wesentlich stärker von Kurd*innen favorisiert wird, während die SPD starke Einbuße macht.

Auch Bündnis 90/Die Grünen sind in kurdischen Kreisen wohl unbeliebter. Interessant ist die Diskrepanz zwischen beiden kurdischen Gruppen, wenn es um die CDU geht. Die Union erreichte bei den Kurd*innen der Migrantwahlstudie ganze 30%, in der hier erhobenen Studie jedoch nur 4,7%.

Vergleicht man nun die Kurd*innen der Studie mit denen des erhobenen Samples dieser Arbeit, so wird deutlich, dass ein wesentlich größerer Anteil der Befragten des eigenen Samples für die Linke stimmten. Der Bias ist unklar zu bewerten. Es ist deutlich, dass diese Verteilung nicht repräsentativ sein kann, der Vergleich mit dem Sample der Migrantwahlstudie ist jedoch auch schwer, da dort lediglich 31 Kurd*innen und 58 Alevit*innen erfasst wurden. Dennoch ist für die weitere Analyse festzuhalten, dass ein Großteil der Befragten links wählt. Ebenfalls ist zu betonen, dass der Großteil der Befragten angab politisch links zu sein, was wie Abbildung 7 zeigt auch mit dem Aktivismus korreliert. Die Zahl der politisch weniger aktiven ist in diesem Sample dementsprechend gering.

Im Folgenden soll die Zufriedenheit mit der politischen Situation in Deutschland betrachtet werden. Abbildung 8 zeigt, dass 62,1% der Befragten angaben sich während der Konfliktsituation in Afrîn von der Bundesregierung „definitiv“ alleingelassen zu fühlen und auch der Mittelwert dieser Variable liegt mit 5,3 von 6 Punkten hoch. Fast 80% gaben zudem an den Einsatz der Bundesregierung für eine Konfliktlösung in Afrîn als mangelhaft zu empfinden. Etwas mehr Varianz zeigten die Antworten zu den in Abbildung 9 dargestellten Variablen. 42,9% gaben an

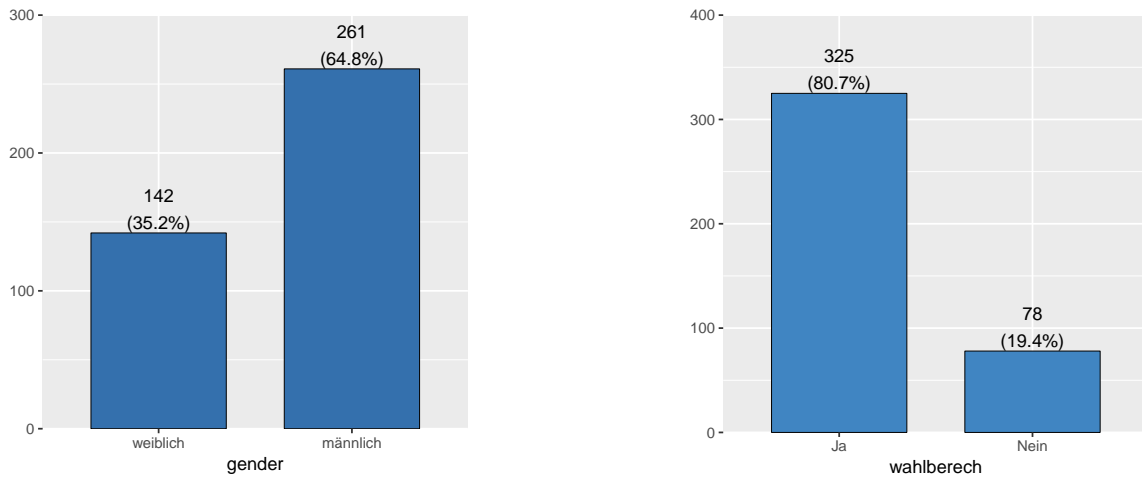


Abbildung 4: Geschlecht und Angabe über Wahlberechtigung

Abbildung 5: Tätigkeit nach Geburtsland

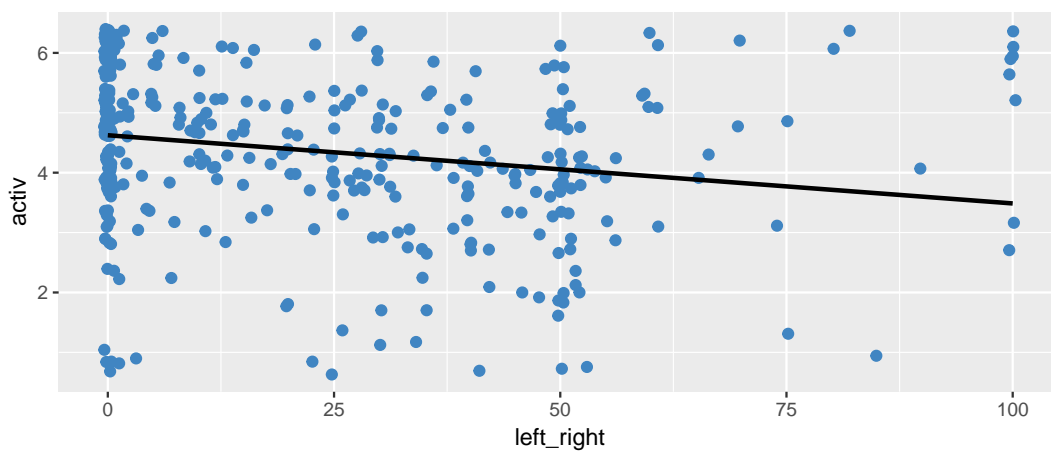
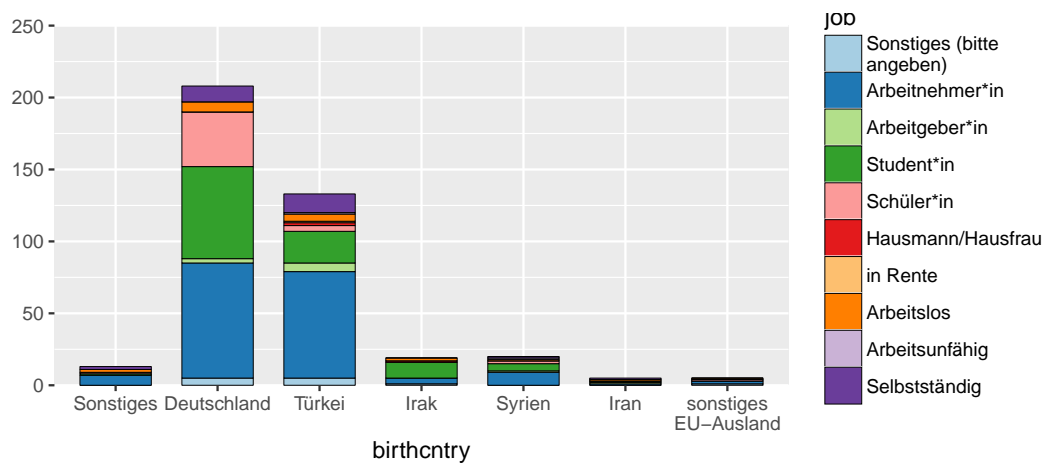


Abbildung 6: Aktivismus nach Einordnung auf Links-Rechts Skala

Tabelle 3: Vergleich Parteipräferenz Goerres und erhobenes Sample (e.S.)

GOERRES ET.AL						E.S.
	Deutschtürk.	1. Gen.	2. Gen.	Alevit*innen	Kurd*innen	Kurd*innen
CDU/CSU	20%	27%	14%	13%	30%	4.7%
SPD	35%	29%	40%	41%	9%	3.7%
Die Linke	16%	23%	11%	22%	37%	75.9%
Bündnis 90/ Die Grünen	13%	10%	15%	20%	7%	8.2%
FDP	4%	3%	6%	1%	3%	2%
AfD	0%	0%	0%	0%	0%	1.5%
Sonstige	12%	8%	15%	3%	14%	4%
n	275	126	149	58	31 ⁵	606

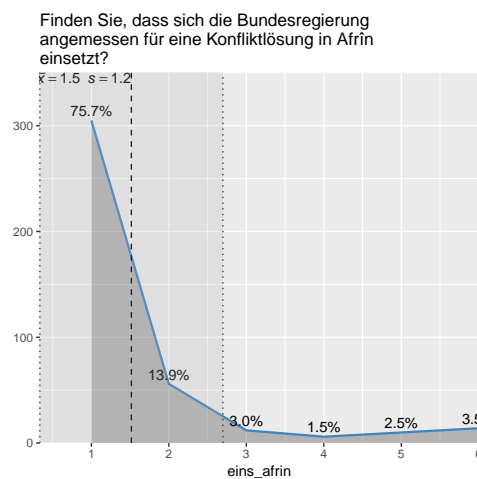
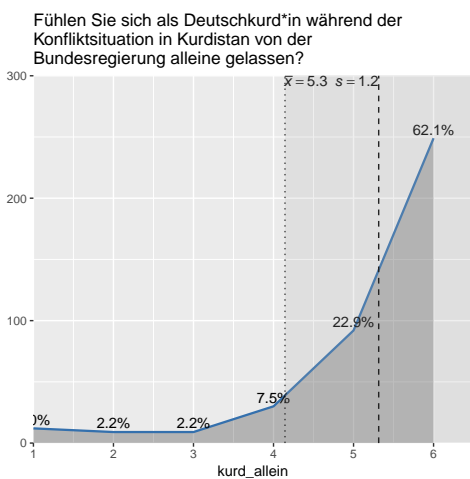


Abbildung 7: Einstellung im Bezug auf Konfliktsituation

„sehr unzufrieden“ mit der Arbeit der geschäftsführenden Bundesregierung zu sein, 25,8% und 16,6% waren „unzufrieden“ und „eher unzufrieden“. Knapp die Hälfte aller Befragten gaben an sich von der Politik „gar nicht“ berücksichtigt zu fühlen, 19,4% und 14,0% gaben an sich „sehr wenig“ und „wenig“ berücksichtigt zu fühlen.

Vergleicht man ob die Befragten die Innen- oder Außenpolitik einer Partei wichtiger finden mit ihrer Zufriedenheit mit der bundes-

deutschen Außenpolitik, so zeigt sich, dass den meisten Befragten die Außenpolitik wichtiger ist (siehe Abbildung 10). Dennoch gaben auch viele unter „Sonstiges“ an beide Ressorts bei der Wahl wichtig zu finden.

Deutlich wird, dass bei allen drei Gruppen die Unzufriedenheit mit der Außenpolitik, die auf einer Skala von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ gemessen wurde, überwiegt. Die Außenpolitische Prioritätensetzung und die starke Ten-

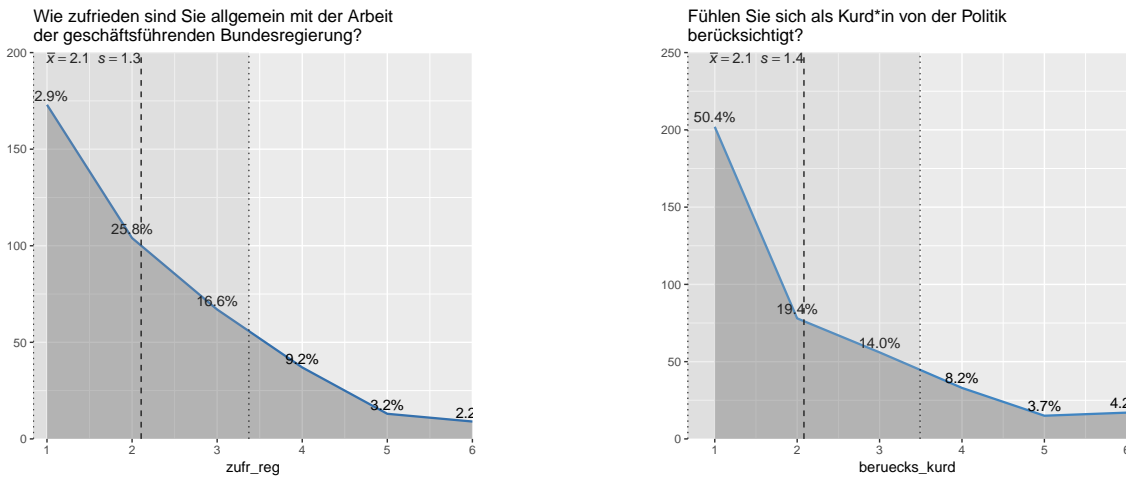


Abbildung 8: Zufriedenheit und Rücksichtnahme als Kurd*innen

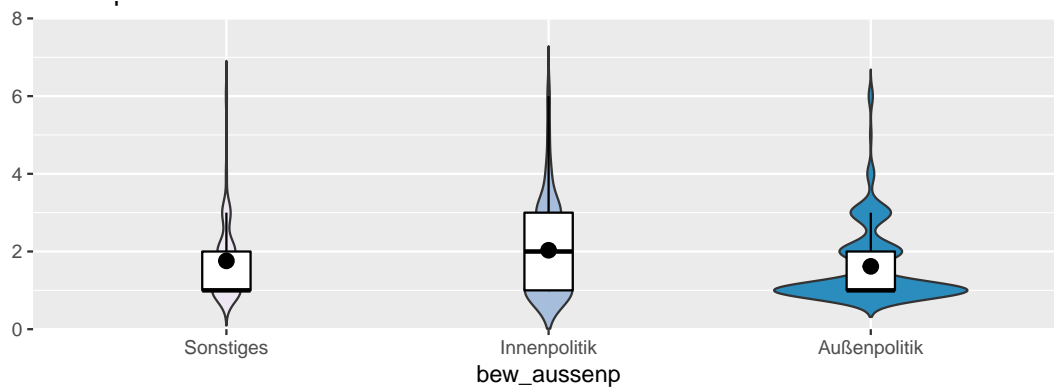


Abbildung 9: Priorität Innen-/Außenpolitik und Zufriedenheit mit Außenpolitik

denz des Samples zur Wahl der Linkspartei können hier vermutlich in einen Zusammenhang gebracht werden, da gerade der Stopp von Waffenexporten ein zentrales Thema des linken Parteiprogramms ist (vgl. Nielsen Østergaard, 2003b, 195). Hierfür sprechen die Daten in Abbildung 11 wo 53,4% der Befragten die Regulierung von Waffenexporten als außenpolitische Agenda wichtiger fanden als das Einleiten diplomatischer Schritte oder etwa der aktive Eingriff in den Konflikt vor Ort.

Zuletzt soll die deskriptive Analyse Licht auf das zu Beginn thematisierte Feld der politischen Repression werfen. Abbildung 12 zeigt hierbei

erneut die Variable der Stärke des eigenen Aktivismus, die sich die Befragten zusprachen, diesmal jedoch im Zusammenhang mit der Variable zur juristischen oder privaten Gefährdung, die die Befragten im Zusammenhang mit prokurdischem Aktivismus erleben.

Es zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen beiden Variablen, was bedeutet, dass diejenigen, die angaben besonders politisch aktiv zu sein auch die stärkste juristische oder private Gefahr aufgrund dieses Aktivismus befürchten.

Abbildung 10: Variable: Priorität Agenda Bundesregierung

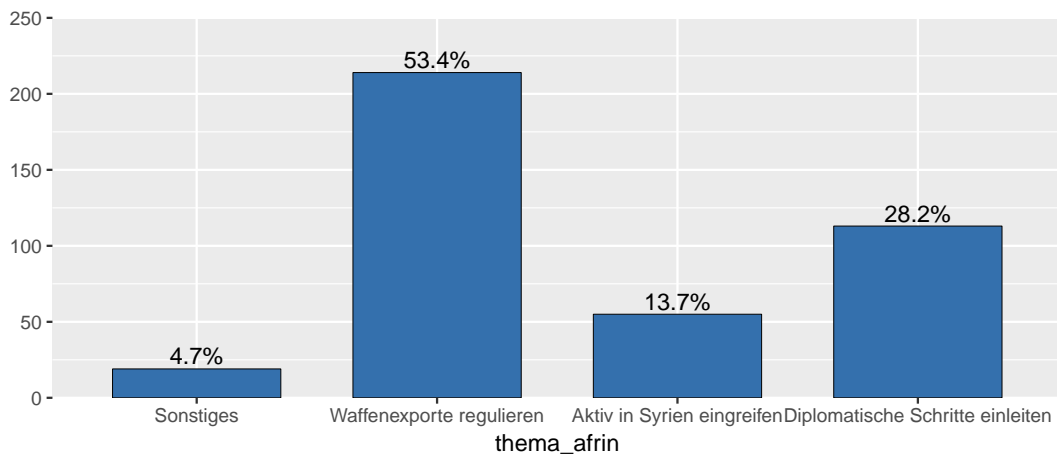
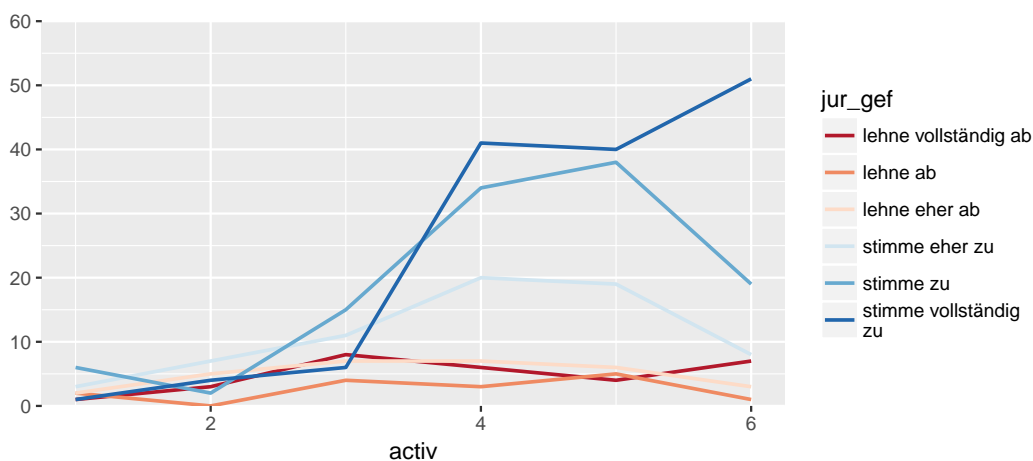


Abbildung 11: Gefahr durch Aktivismus/ Level eigener Aktivismus



4.2 Regressionsanalyse

Die Regressionsanalyse in Tabelle 4 zeigt, dass Hypothesen 1 und 2 jeweils mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0.05 und 0.01 Prozent angenommen werden können.

Modell 1 betrachtet lediglich den Einfluss dieser beiden abhängigen Variablen. Das Modell ist signifikant auf 99 prozentigem Niveau. Die F-Statistik zeigt jedoch, dass nur 0.2% der Varianz durch dieses Modell erklärt werden können. Bei Hinzunahme der Kontrollvariablen Geschlecht und Wahlberechtigung bleibt der Einfluss bei-

der AVs stabil. Bezieht man die Links/Rechts Variable mit ein, deren Zusammenhang schon in Abbildung 7 deutlich wurde, so zeigt sich in Modell 3, dass auch diese auf 99 prozentigem Niveau signifikant ist. Der Einfluss des Prädiktors ist negativ, was bedeutet, dass Befragte die Angaben eher rechts zu sein auch weniger aktiv sind. Dennoch verbessert sich die Erklärungskraft des Modells 3 kaum (6% erklärte Varianz), obwohl das Gesamtmodell signifikant bleibt.

Die Regressionsdiagnostik (siehe Anhang) zeigt, dass die Variablen zu wenig miteinander korrelieren und das sicher der ad hoc Erhebung

Tabelle 4: Regressionstabelle

	Abhängige Variable:		
	(1)	(2)	(3)
	Aktivismus		
Bindung	0.081** (0.038)	0.083** (0.038)	0.082** (0.040)
Quellen (d/nd)	0.337*** (0.130)	0.341*** (0.131)	0.268** (0.134)
Geschlecht		0.070 (0.137)	0.131 (0.143)
Wahlberechtigt		0.064 (0.165)	0.020 (0.168)
Links/Rechts			-0.012*** (0.003)
Konstante	3.900*** (0.164)	3.836*** (0.194)	4.108*** (0.205)
Beobachtungen	401	401	375
R ²	0.028	0.030	0.066
Adjusted R ²	0.024	0.020	0.053
Residual Std. Error	1.297 (df = 398)	1.300 (df = 396)	1.289 (df = 369)
F Statistik	5.824*** (df = 2; 398)	3.010** (df = 4; 396)	5.193*** (df = 5; 369)

Note:

*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

zu schulden ist, die die theoretischen Konzepte noch nicht vollends operationalisieren konnte. Was jedoch die Homoskedasizität angeht, ist das Ergebnis der Diagnostik zufriedenstellend. Festzustellen ist also, dass wesentliche Erklärungsvariablen nicht im Modell aufgenommen sind, es allgemein einer methodischen Konzeptspezifikation bedarf und verschiedene Einflussfaktoren noch ausfindig gemacht werden müssen.

5 Kritik

Online-Erhebungen bringen per se schon viele Probleme mit sich. Als Instrument zur Erhebung einer bisher unerhobenen Gruppe ist also klar gewesen, dass es sich hierbei nicht um ein repräsentatives Sample handeln kann. Auch während der Datenerhebung wurden wiederholt ausgefüllte Surveys gefunden, die von mutmaßlichen Erdogan-Anhängern absichtlich genutzt wurden um in den Kommentarspalten ir-

reführende Angaben zu machen.

Ebenso gab es ein Altersbias, das ohnehin Online-Erhebungen eigen ist. Desweiteren ist anzumerken, dass durch den politischen Charakter der Netzwerke durch die Befragte angeworben wurden auch tendenziell aktivistische und linkere Befragte an der Umfrage teilgenommen haben. Der Gender Bias machte die Interpretation der Kontrollvariable auch problematisch. Es bleibt die Gewichtung des Surveys nach dieser Variable zu bedenken.

Nichts desto trotz ist die Teilnehmerzahl von 600 Befragten beachtlich. Bei einer länger geplanten Erhebung, die auch eine längere Erhebungsphase hat, könnten durch die Anwerbung verschiedenster kurdischer Gruppierungen die Ergebnisse dieser Analyse noch stärker auf Biases getestet werden.

Gerade durch die zunehmende Digitalisierung des politischen Aktivismus bietet sich auch in der kurdischen Community die Möglichkeit mit Metadaten oder Social Media Daten umzugehen. Durch eine Netzwerkanalyse verschiedener Foren kann auch die Wiedergabe der Population genauer nachempfunden werden.

6 Fazit

Ob ein(e) Deutschkurd*in einen starken Bezug zur Heimat hat, eher deutsche oder kurdische Nachrichten liest und ob er/sie eher links oder rechts eingestellt ist hat einen erheblichen Einfluss darauf, wie aktiv diese Person ist. Gerade die ersten zwei Einflussfaktoren deuten darauf, dass die Betrachtung dieser Politiksphäre eine ist, die transnational geschehen muss.

Die durchgeführten Analysen legen jedoch nahe, dass es weitere explorative Arbeiten braucht, um weitere Einflussfaktoren ausfindig zu machen. Auch eine theoretische Erweiterung des Feldes, die dem speziellen kurdischen Fall gerecht wird, ist hier von Nöten.

Die tagespolitisch relevante Analyse zeigt jedoch, dass durch das Sample hinweg eine große Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung herrscht. Das Gefühl alleingelassen zu sein und sich als Bürger der BRD nicht berücksichtigt zu fühlen ist eines, welches darauf hindeutet, dass die Erkenntnisse der eher alten zitierten Literatur weiterhin aktuell sind. Kurd*innen fühlen sich in der BRD als Minderheit des Heimat- aber auch des Aufnahmelandes depriviert. Parteipolitisch gewinnt die Linke davon am stärksten, was gerade an ihrer außenpolitischen Agenda liegt.

Wenn also in diesen Tagen von protestierenden Massen und von „Kurdendemos“ gesprochen wird, tut sich die politische Wissenschaft einen Gefallen einen genaueren Blick auf die Einstellungen und die Charakteristika dieser Gruppe zu werfen. Wer den kurdischen Aktivismus kennt, der kennt auch die Verzweiflung und die Perspektivlosigkeit, in der sich viele Aktivist*innen gefangen fühlen.

Gerade diese gilt es zu bekämpfen, indem das anfangs zitierte Zweierlei aus Ignoranz und Vorurteil überwunden wird und eine innenpolitisch wie außenpolitisch relevante Szene theoretisch fundiert und repräsentativ befragt wird. Nur dadurch kann der vermeintliche „Import“ von Konflikten vermieden werden: indem Konflikt nicht als etwas betrachtet wird, was starr innerhalb nationaler Grenzen verbleibt, sondern etwas ist,

was grenz- und generationsübergreifend starke Auswirkungen auf die politische Kultur der beteiligten Konfliktleidenden hat.

Bleibt die bisherige Erforschung der größten kurdischen Diaspora Europas weiterhin auf Eis, so ist zu befürchten, dass der Politik schlicht und ergreifend das empirische Rüstzeug fehlt, um passgenau auf diesen Konflikt eingehen und ihn außen- wie innenpolitisch entschärfen zu können. Es gilt zu hoffen, dass diese Arbeit hierbei nur ein erster Schritt war.

7 Anhang

Tabellenverzeichnis

1	Migrantenminderheiten in der BRD nach Skubsch 2000 (110) . . .	3
2	Schätzungen über Anzahl der Kurd*innen in Deutschland	3
3	Vergleich Parteipräferenz Goerres und erhobenes Sample (e.S.) . . .	14
4	Regressionstabelle	17

Abbildungsverzeichnis

1	Schematische Darstellung der drei transnationalen migrantischen Politikformen	9
2	Themenfelder Fragebogen	10
3	Bundesweite Verteilung der NAV-DEM Vereine	11
4	Geschlecht und Angabe über Wahlberechtigung	13
5	Tätigkeit nach Geburtsland	13

6	Aktivismus nach Einordnung auf Links-Rechts Skala	13
7	Einstellung im Bezug auf Konfliktsituation	14
8	Zufriedenheit und Rücksichtnahme als Kurd*innen	15
9	Priorität Innen-/Außenpolitik und Zufriedenheit mit Außenpolitik . .	15
10	Variable: Priorität Agenda Bundesregierung	16
11	Gefahr durch Aktivismus/ Level eigener Aktivismus	16
12	Test auf Homoskedastizität	21
13	Test auf Multikollinearität	21

8 Literaturverzeichnis

Adamson Fiona B. Mobilizing for the transformation of home. Politicized identities and transnational practices // *New Approaches to Migration? Transnational Communities and the Transformation of Home.* 2003. (Routledge Research in Transnationalism).

Ammann Birgit. Kurden in Europa. Ethnizität und Diaspora. 4. 2000. (Kurdologie).

Ayata Bilgin. Mapping Euro-Kurdistan // *Middle East Report.* 2008. 247. 18–23.

Banducci Susan A., Donovan Todd, Karp Jeffrey A. Minority Representation, Empowerment, and Participation // *The Journal of Politics.* 2004. 66, 2. 534–556.

Baser Bahar. Tailoring Strategies According to Ever-Changing Dynamics: The Evolving Image

- of the Kurdish Diaspora in Germany // Terrorism and Political Violence. VII 2017. 29, 4. 674–691.
- Stateless diaspora groups and their repertoires of nationalist activism in host countries. // . 2010.
- Beşikçi İsmail.* Kurdistan: internationale Kolonie. 1991. (Internationale sozialistische Publikationen).
- Blaschke Jochen, Ammann Birgit.* Kurden in der Bundesrepublik Deutschland - ihre soziale und kulturelle Situation // Kurden. Alltag und Widerstand. 1988.
- Bozarslan Hamit.* Kurds: States, Marginality and Security. In: Margins of Insecurity: Minorities and International Security. 1996. 99–127.
- Bruinessen Martin Van.* Shifting national and ethnic identities: the Kurds in Turkey and the European Diaspora // Journal of Muslim Minority Affairs. 1998. 18, 1. 39–52.
- Bundesregierung .* Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS. II 2000.
- DW .* "Du wirst immer unser Ziel sein". 2017.
- Faist Thomas.* How to define a Foreigner? The symbolic politics of immigration in German partisan discourse, 1978–1992 // West European Politics. IV 1994. 17, 2. 50–71.
- Falk S.* Dimensionen kurdischer Ethnizität und Politisierung: eine Fallstudie ethnischer Gruppenbildung in der Bundesrepublik Deutschland. 1998. (Nomos Universitätschriften: Politik).
- Garmiyani Polla.* Kurds in Germany stress on own identity in meeting with integration minister. XI 2015.
- Geiling Heiko, Gardemin Daniel, Meise Stephan, König Andrea.* Migration - Teilhabe - Milieus: Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum. 2011.
- Ghaderi Cinur.* Politische Identität-Ethnizität-Geschlecht: Selbstverortungen politisch aktiver MigrantInnen. 2014. (Studien zur Migrations- und Integrationspolitik).
- How Did Immigrant Voters Vote at the 2017 Bundestag Election? First Results from the Immigrant German Election Study (IMGES). // . 2018.
- Hanrath Jan.* Vielfalt der türkischstämmigen Bevölkerung // Aus Politik und Zeitgeschichte. 2011. 43.
- Hermes Annelore.* Völkermord an den Kurden. 1991. (Luchterhand Flugschrift 2).
- Hunger Uwe, Candan Menderes.* Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg : Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. 2009.
- Kesen Nebi.* Die Kurdenfrage im Kontext des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. 2009.
- Koopmans R, Statham P.* How national citizenship shapes transnationalism: A comparative analysis of migrant and minority claim-making in Germany, Great Britain and the

- Netherlands // Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States. United Kingdom: Palgrave Macmillan Ltd., 2003. 195 – 238.
- McDowall David.* A Modern History of the Kurds: Third Edition. 2004.
- Meyer-Ingwersen Johannes.* Die kurdische Minderheit // Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. 1995. 310–328.
- Nielsen Eva Østergaard.* The Politics of Migrants' Transnational Political Practices // The International Migration Review. 2003a. 37, 3. 760–786.
- Working for a solution through Europe. Kurdish political lobbying in Germany In: New Approaches to Migration?: Transnational Communities and the Transformation of Home. // . 2003b. (Routledge Research in Transnationalism).
- Schmidt Thomas.* Kurden-Fahne auf Facebook gepostet - und schon im Visier des Staatsschutzes. 2018.
- Skubsch Sabine.* Kurdische Migrantinnen und Migranten im Einwanderungsland Deutschland Wie werden sie von der Pädagogik und Bildungspolitik wahrgenommen // Diss. Univ. Gesamthochschule Essen. Internet: <http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv>. 2000.
- Smith Peter.* Preface // New Approaches to Migration?: Transnational Communities and the Transformation of Home. 2003. (Routledge Research in Transnationalism).
- Steinberg Guido.* Die neue Kurdenfrage. Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn. 2011.
- Tornau Joachim.* Imame beten für den Sieg. 2018.
- Urban D., Mayerl J.* Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung. 2011. (Studienskripten zur Soziologie).
- Vanly Ismet Chérif.* Kurdistan und die Kurden. 1988. (Pogrom Taschenbücher).
- Wahlbeck Östen.* Kurdish diasporas: a comparative study of Kurdish refugee communities. 1999.
- Wilgenburg Wladimir van.* Turkish-backed Islamists threaten to behead Kurds in Afrin, spreading fear. 2018.